

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Burg	
Gremium:	Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss	
Sitzung am:	10.04.2024	
Sitzungsort:	Burg, In der Alten Kaserne 2, 3. OG, Beratungsraum, Zi. 310	
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr	Sitzungsende: 18:55 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nicht öffentlichen Teilen zusammen.

Vorsitzende/r

Herr Otto Voigt

Mitglieder

Frau Kerstin Auerbach
Herr Dr. Hans-Horst Borg
Herr Uwe Hornung
Herr Ingolf Meyer
Herr Jan Scharfenort
Herr Karl-Heinz Günter Summa
Herr Reinhard Wernicke

Protokollantin

Frau Carmen Voß

von der Verwaltung

Herr FBL Ringo Schieck
Frau SGL Bettina Rachler
Frau SGL Annett Wolter
Herr SGL Alexander Tippelt

Abwesend waren:

Mitglieder

Herr Dr. Bernd Hennig
Herr Frank-Michael Ruth

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Voigt**, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und formgerechte Ladung fest. Es sind 8 von 9 Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend und es liegen auch keine schriftlichen Einwohnerfragen vor, merkt **Herr Voigt** an.

TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge liegen nicht vor und **Herr Voigt** stellt die unveränderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 21. Februar 2024 - öffentlicher Teil

Herr Voigt stellt fest, dass Anmerkungen bzw. Ergänzungen zur Niederschrift nicht vorliegen und bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	2

TOP 5 Protokollrealisierung

Es liegt keine Protokollrealisierung vor.

TOP 6 Haushaltsdurchführung und Haushaltskonsolidierung

Anhand einer Power-Point-Präsentation gibt **Herr Schieck** Erläuterungen. Er geht speziell auf folgende Punkte ein:

1. Erträge und Aufwendungen

2. Entwicklung Steuern und Abgaben

Hier nimmt er Bezug auf die Gewerbesteuern (momentan ein Soll von 12 Mio. EUR und im Ist bereits 4 Mio. EUR verbucht). Bei der Entwicklung der Zweitwohnungssteuer ist eine gute Entwicklung bei den Einnahmen zu verzeichnen.

3. Bewirtschaftungsaufwand

4. Liquiditätsentwicklung

5. Investitionstätigkeit

Zu den Kreditaufnahmen aus den Vorjahren teilt er mit, dass 1.700,00 EUR aufgenommen wurden für die Investitionen, die aus den Ermächtigungsübertragungen resultieren, zur Absi-

cherung der Finanzierung. Damit ist man weit unter dem, was man ursprünglich als Ermächtigung aus dem Jahr 2022 hatte. Das waren 6,6 Mio. EUR und aus der Überprüfung der Maßnahmen auch mit den Fachämtern zusammen und der Abrechnung der Maßnahmen kommt man zu dem Schluss, dass diese Kreditermächtigung aus den Vorjahren nicht mehr in diesem vollen Umfang benötigt wird, so dass es reduziert wurden ist. Warum jetzt die Kreditaufnahme, weil, es sind Maßnahmen, die jetzt laufen und sollte die Haushaltssatzung in Kraft-Treten würde die Kreditermächtigung aus 2022 verfallen. Deswegen wäre leider die Finanzierung nicht gesichert und gezwungen war diesen Kredit aufzunehmen.

6. Stand Haushaltsgenehmigung

Am 21. März 2024 wurde die Haushaltssatzung durch den Stadtrat mehrheitlich beschlossen. Die notwendigen Unterlagen wurden am darauffolgenden Tag der Kommunalaufsicht gestellt und die Frist von vier Wochen läuft noch.

7. Sonstige Informationen

- u. a. zum Stand Jahresabschlüsse

Die Jahre 2015 und 2016 wurden im Rahmen der kurzen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt vorgenommen. Zurzeit wird der Jahresabschluss 2017 nochmals in der verkürzten Form erarbeitet und so wie es der Zeitplan vorgesehen hat, spätestens bis zum Ende des Jahres vorzulegen.

Wie heute aus der Presse zu entnehmen ist, sieht es danach aus, dass das Kommunalverfassungsgesetz hinsichtlich der Jahresabschlüsse und Veröffentlichung der Haushaltssatzung in Zukunft verschärft wird. Das heißt, ohne Vorliegen des Jahresabschlusses des Vor-Vor-Jahres wird eine Veröffentlichung von Haushaltssatzung, so wie es der Entwurf vorsieht, nicht mehr möglich ist. In der letzten Woche wurde diese Thematik im Finanzausschuss des Landtages wohl kontrovers diskutiert. Die Spitzenverbände sind im Austausch mit dem zuständigen Ministerium und es auch Morgen ein Thema im Innenausschuss sein.

Herr Scharfenort merkt an, dass er bei der Sitzung des Finanzausschusses anwesend war und überrascht war, über die Strenge auch der Koalition, weil sie durchaus zu Kompromissen bereit wären. Man muss davon ausgehen, dass ein Jahresabschluss im Schnitt pro Quartal geschafft wird. Das wäre dem Durchschnitt entsprechen und sagen, wenn den Kommunen noch ein Jahr länger Zeit geben würde, das heißt 2026. Das ist ihre Position dazu. Die Koalition bleibt aber bei dem Jahr 2025.

Herr Schieck äußert, dass das Land Sachsen-Anhalt dazu beigetragen hat, dass die Situation so ist.

Weitere Meinungsäußerungen liegen nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	
Nein:	
Enthaltung:	

TOP 7 Beschluss zur Spendenannahme und Spendenverwendung

Die von **Herrn Hornung** gestellte Frage wurde beantwortet.

Die Spende von Lennep GmbH Co. Kg in Höhe von 1.073,38 EUR stellt **Herr Voigt** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 8 Zuwendungen aus Sponsoringverträgen

Es liegen keine Zuwendungen aus Sponsoringverträgen vor.

TOP 9 Nutzungsvereinbarung und Zuwendungsvereinbarung Jugendeinrichtung Blumenthaler Straße 35 D
Vorlage: 037/2024

Herr Tippelt erläutert die Beschlussvorlage. Er merkt an, dass eine Änderung in die Beschlussvorlage eingebracht werden muss, die noch nicht enthalten ist. Das heißt 4590,00 EUR eine höhere Betriebskostenvorauszahlung, die der Träger leisten muss. Dies würde ein Defizit aufwerfen in der Finanzierung der Einrichtung. Am Ende addiert sich damit der Zuschussbedarf auf ca. 68.500 EUR. Damit aber immer noch deutlich unter dem Wert des letzten Beschlusses für die Jugendwerk Rolandmühle, der bestätigt wurde. Aufgrund dieser Anpassung bittet der Träger um Anpassung, weil er sonst keine andere Finanzierungsmöglichkeit dafür sieht.

Zum Hauptausschuss wird eine entsprechende Änderung eingebracht.

Herr Voigt merkt an, dass die Mitglieder des Finanzausschusses dies so zur Kenntnis nehmen.

Weitere Fragen liegen nicht vor und **Herr Voigt** bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	3

TOP 10 Ermächtigungsübertragungen von 2023 nach 2024
Vorlage: 038/2024

Frau Rachler gibt Erläuterungen zur Beschlussvorlage.

Nachfragen liegen nicht vor und **Herr Voigt** bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 11 Antrag 01/2024 Stadtratsfraktion d. AfD - Gewährleistung medizinischer Grundversorgung ab 2030

Herr Scharfenort gibt Erläuterungen zum eingebrachten Antrag seiner Fraktion. Hierbei handelt es sich um ein Thema, was bekannt ist durch die Presse. Auch im Land werden An-

strengungen unternommen. Der Fakt ist, dass es zu wenig Ärzte gibt, sowohl Zahnärzte und Allgemeinmediziner. Hierzu fand eine Anhörung im Landtag statt, wo Praktiker berichtet haben, konkret zum Beispiel der Dr. Schulz aus Jerichow. Es gab von der SPD bereits auch schon einmal einen Antrag, wobei dies erst einmal ein Auftrag war. Aufgrund dessen geht ihr Antrag weit darüber hinaus.

Der Antrag war auch im Wirtschafts- und Vergabeausschuss und es fand eine sehr konstruktive angeregte Diskussion dazu statt. Seitens der SPD wurde auch versichert, dass man hier auch nochmal etwas vorlegen wird. Klar möchte er für seinen Antrag auch werben und dieser ist sehr konkret und es kostet auch Geld, aber was überschaubar ist.

Herr Schieck sagt, dass das genau daran anknüpft, was er bereits gesagt hatte. Wenn das KVG in der Form verschärft wird, dann wird allen Städten die Chance genommen, selbst, wenn dieses Projekt einen Erfolg hat, wie auch andere Projekte, die die Region stützen sollen. Solange niemand in das KVG hineinschreibt, dass gehört zu einer Grundversorgung dazu und es ist eine Pflichtaufgabe wird die Kommunalaufsicht dem nicht zustimmen.

Herr Voigt hatte gestern Abend nochmals mit Herrn Jerkowski gesprochen und es gibt hier dann nochmals einen Antrag, der zu den entsprechenden Ausschüssen vorgelegt wird.

Er möchte aber nochmals an die Verwaltung einen Appell richten, dass es schön wäre, wenn zu den Anträgen eine Stellungnahme vorgelegt wird. Der reine Antrag ist in Ordnung, aber der Ausschuss möchte auch eine rechtliche Grundlage, wie ein Antrag zu bewerten ist. Die Anregung wird in die Niederschrift aufgenommen und vielleicht ist es möglich, dass der Ausschuss zur nächsten Sitzung eine Antwort erhält.

Der Finanzausschuss gibt diesen Antrag dann in den nächsten Ausschuss.

TOP 12 Antrag 02/2024 Stadtratsfraktion d. AfD - Kita-Beiträge

Herr Voigt merkt an, dass ihm hierzu gestern Abend ebenfalls gesagt wurde, dass es umfangreiche Diskussionen im Landtag zu den Kita-Beiträgen gibt und das ist begrüßenswert. Es sind sich alle einig und vertreten die Meinung, dass eigentlich die Kita-Beiträge kostenfrei sein sollten für die Eltern.

TOP 13 Antrag 05/2024 Stadtratsfraktion d. AfD - Eingliederungshilfe durch Arbeit

Herr Scharfenort gibt nochmals Erläuterungen zu dem eingebrachten Antrag.

Von Herrn Jerkowski hatte er gehört, dass es auch hier schon Diskussionen wohl gibt zwischen dem Bürgermeister und dem Landrat.

Herr Scharfenort sagt, dass man im Wirtschafts- und Vergabeausschuss so verblieben ist, dass der Antrag erst einmal zurückgestellt wird, bis die Diskussionen dort abgeschlossen sind. Sollten keine Ergebnisse vorliegen, wird Thematik erneut eingebracht werden.

Frau Auerbach hinterfragt, ob sie es jetzt richtig verstanden hat, dass alle drei Anträge erst einmal zurückgezogen werden. Wäre es dann Morgen sinnvoll, im Kulturausschuss sie dann von der Tagesordnung direkt mit der Begründung, dass sie sich noch in der Schwebe befinden, von der Tagesordnung zu nehmen, ist ihre Frage.

Herr Scharfenort, „ja ich würde sagen medizinische Grundversorgung ja genau. Den zweiten Kita-Beiträge würde er schon lassen und den letzten beispielsweise, den können wir zurückziehen und warten jetzt die Diskussion ab. Einmal haben wir den Antrag der SPD, mal sehen was da kommt und hier bei dem Letzten würden wir auch mit der Eingliederungshilfe auch mal abwarten. Aber ich denke, den mit den Kita-Beiträgen, dass der zumindest diskutiert wird.“

TOP 14 Anfragen und Anregungen

Herr Voigt merkt an, dass er viele positive Meinungen über das gute Aussehen der Stadt Burg gehört hat. Er bittet, dies an den Bauhof weiterzugeben.

Frau Auerbach nimmt Bezug auf die Kulturförderrichtlinie, nach der im letzten Jahr 0 EUR ausgegeben wurden. In diesem Jahr sieht es so aus, dass eine Förderung wieder möglich sein wird. Natürlich sind die Vereine resigniert und haben in diesem Jahr auch keine Anträge mehr gestellt. Da aber der Haushalt in Aussicht ist und eine Förderung ebenso, würde sie im morgigen Kulturausschuss den Antrag stellen, die Fristverlängerung für die Antragstellung für alle Kulturvereine zu verlängern. Laut Förderrichtlinie war die Frist bis März.

Herr Voigt sieht das genauso.

Herr Wernicke hat eine Frage zum Niegripper See. Ihn haben Bürger angesprochen, wer dort die Oberhand hat, der Betreiber oder die Stadt. Hierbei handelt es sich um die Badestelle, weil die Wurzeln eine Stolpergefahr darstellen. Er fragt, ob es nicht möglich wäre, dort Sand aufschütten zu lassen.

Herr Voigt bittet um eine Beantwortung zum Hauptausschuss am 18. April 2024.

Des Weiteren fragt **Herr Wernicke** an, wer für die Säuberung der verschmutzten Straßen aufgrund der Frühjahrsbestellung der Felder verantwortlich ist, hier speziell in der Ortschaft Schartau.

Weitere Fragen liegen nicht vor.

Herr Voigt beendet den öffentlichen Teil und der nicht öffentliche Teil wird ohne Unterbrechung fortgesetzt.

Voigt
Ausschussvorsitzender

Voß
Protokollantin